

Spätschäden durch Tschernobyl bei 100 000 Sowjetbürgern?

Nach dem Reaktorunglück von Tschernobyl müssen rund 100 000 Sowjetbürger über lange Zeit medizinisch beobachtet werden, da sie möglicherweise gesundheitliche Spätschäden durch radioaktive Strahlung erleiden können. Das erklärte der US-Knochenmarksspezialist Robert Gale am Sonntag nach seiner Rückkehr aus der Sowjetunion. Amerikanische Experten stellten inzwischen fest, dass die Sicherheitseinrichtungen des Unglücksreaktors doch mit denen amerikanischer Kernkraftwerke vergleichbar gewesen seien.

Los Angeles/Moskau. - An einer Pressekonferenz in Los Angeles teilte Knochenmarksspezialist Gale mit, dass an 19 der 35 Strahlenopfer Knochenmark-Transplantationen vorgenommen wurden, meist die letzte Hoffnung für Strahlenopfer. Gale erwartet, dass weitere Opfer sterben werden. Zu den Langzeitfolgen sagte Gale: «Ich erwarte, dass wir in den nächsten Jahren zu Operationen alle drei bis sechs Monate in die Sowjetunion zurückkehren werden.»

Rund 50 000 bis 100 000 Menschen hätten zumindest eine gewisse Dosis Radioaktivität abbekommen, die langfristig besorgniserregend sein könnte. Radio Moskau meldete am Samstag seinerseits, dass bei 92 000 Menschen, die nach der «vorläufigen Evakuierung» untersucht wurden, keine Strahlenschäden festgestellt wurden.

Der Unfall stellt nach amerikanischen Experten auch die Sicherheitskonzeption

amerikanischer Kernreaktoren in Frage. Anfangs sei man fälschlicherweise unter Kenntnis älterer sowjetischer Kernkraftwerke davon ausgegangen, dass die Anlage von Tschernobyl keine Panzerung hatte, erklärte ein Experte der Atomenergie-Kontrollbehörde (Nuclear Regulatory Commission) gegenüber der «New York Times». Dabei sei der Reaktor von einem «massiven und soliden Schutzmantel aus Stahl und Beton» umgeben gewesen.

«Prawda» kritisiert mangelnde Information

Die sowjetische Bevölkerung ist nach einem Artikel in der Sonntagsausgabe des Parteiorgans «Prawda» über den Reaktorunfall von Tschernobyl zu spät informiert worden und teilweise erst dadurch über das Ausmass des Unglücks in Sorge geraten.

Die sowjetischen Medien haben die Forderung des deutschen Bundeskanz-

lers Helmut Kohl am Treffen der Sudentendeutschen nach einem Schadenersatz der UdSSR für die Folgen von Tschernobyl mit scharfer Kritik an der Bundesrepublik quittiert. Die Nachrichtenagentur Tass sprach am Sonntag in einem Kommentar, der auch von der Parteizeitung «Prawda» nachgedruckt wurde, von «völlig unbegründeten Schadenersatzforderungen». Regierungssprecher Friedhelm Ost wies daraufhin die Angriffe auf Kohl als eine «bewusste und bössartige Verdrehung der Tatsachen» zurück. (Reuter/AP)

Leichte Abnahme der Strahlung in der Schweiz

Zürich. - Die radioaktive Belastung in der Schweiz ist über die Pfingsttage erneut leicht zurückgegangen. Aufgrund der stabilen Strahlungslage stellte die Nationale Alarmzentrale vorübergehend die Fahrten mit den Messwagen ein und beschränkte sich auf die Beobachtung des automatischen Messnetzes.

Im grössten Teil der Schweiz lag die Strahlungsintensität unter 20 Mikroröntgen pro Stunde. Wo am Freitag noch eine erhöhte Aktivität gemessen worden war, ging die Strahlung am Pfingstwochenende leicht zurück. (AP)

Atomkraftgegner mobilisieren. Bei einer Kernkraftgegner-Versammlung am Samstag in Olten haben rund 60 Delegierte von 27 Organisationen und Parteien auf den 21. Juni die Durchführung einer nationalen «Anti-AKW-Demo» beim Atomkraftwerk Gösgen beschlossen. Die Versammlung rief zudem zu dezentralen Aktionen gegen die Atomenergie am «Stromtag» nächsten Samstag auf. An der Versammlung beteiligten sich die Gewaltfreie Aktion gegen das AKW Kaiser-augst (Gagak), die Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst (GAK), der Schweizerische Friedensrat, die Frauen für den Frieden, die Ecologie et Solidarité Fribourg sowie die POCH BL, die POCH ZH und die SAP sowie verschiedene kantonale grüne Parteien und Organisationen. (SDA)

«Tschernobyl» fördert Grüne

Die Bundesversammlung der bundesdeutschen Grünen in Hannover stand ganz im Zeichen des Kernkraftunfalls in Tschernobyl. Mit ihrer Forderung, alle Kernkraftwerke unverzüglich stillzulegen, setzen die Grünen auf Wählerzuwachs.

■ VON PETER GYSLING, HANNOVER

Eigentlich hatten die Grünen sich die Zeit vor allem für die Diskussion eines umfangreichen Wahlprogramms und eines «Umbaukonzepts» reserviert, welches Auswege aus den Strukturen der Industriegesellschaft aufzeigen möchte. Doch gleich zu Beginn der Versammlung schossen sie hoch, die erregt vorgetragenen Voten gegen Kernkraft. «Abschalten!» lautet die Grünen-Lösung, mit der sie jetzt vor die niedersächsischen Landtagswähler treten und in den Bayern- und Bundestagswahlkampf ziehen.

«Seid doch realistisch!» donnerte Hessens Umweltminister, der Grüne Joschka Fischer, vom Podium. Selbst ein grüner Ministerpräsident könnte nirgendwo in der Bundesrepublik von heute auf morgen Atomkraftwerke stilllegen.

Im umfangreichen Wahlprogramm der Grünen ist manche Passage aus dem Entwurf verdeutlicht und «verschärft» worden. «Raus aus der Nato!» wird nun zum Thema Frieden gefordert und die Reduktion der Wehrdienstzeit als Beitrag zur Abschaffung der Bundeswehr. Mit knapper Mehrheit plädieren die Grünen auch für die ersatzlose Streichung des Abtreibungsparagrafen 218.

Während der hitzigen Debatten kam es zwischen den grünen Realpolitikern, den «Realos», und den «Fundis», den Fundamentalisten, immer wieder zu harten Graben- und Glaubenskriegen.

Allerdings wurde gestern der einst wichtige Grundsatz der Grünen, ihre Abgeordneten im Bundestag alle zwei Jahre abzulösen, über Bord geworfen.

Blutige Schlacht um Wackersdorf

Hunderte von verletzten Polizisten und Demonstranten

Am Baugebäude für die geplante atomare Wiederaufbereitungsanlage (WAA) bei Wackersdorf in Bayern ist es über die Pfingstfeiertage zu den bisher schwersten Zusammenstößen zwischen militanten Atomkraftgegnern und Polizeikräften gekommen.

Wackersdorf. – Nach Polizeiangaben wurden bis zum Montagmittag gegen 200 Polizisten verletzt, davon 25 schwer. Nach Darstellung eines Sprechers der beteiligten Anti-WAA-Initiativen gab es über 200 vor allem durch Wasserwerfer und Reizgas verletzte Demonstranten.

Etwa 800 der insgesamt rund 7000 meist jungen Leute, die am Samstag aus dem ganzen Bundesgebiet zu einem Pfingstcamp in die Gemeinde Hofstetten bei Wackersdorf gekommen waren, beschädigten immer wieder den rund fünf Kilometer langen Stahlzaun um das WAA-Gelände und schleuderten Steine, Stahlmuttern und Molotow-Cocktails auf Wasserwerfer und Polizisten. In der Nacht von Samstag auf Sonntag wurden zwei Züge auf einer nahe gelegenen Bahnstrecke im Wald angehalten und beschädigt.

Die Polizeikräfte, die vom Bundesgrenzschutz verstärkt wurden, setzten ständig Wasserwerfer mit Reizgasen ein. Nach dem Polizeibericht führen in der Nacht von Sonntag auf Montag einige militante WAA-Gegner einen gestohlenen Radbagger an der Nordseite des Baugebäudes an den Zaun und beschädigten ihn, ehe sie entdeckt und mit Wasserwerfern zurückgedrängt wurden.

Sprecher der regionalen Bürgerinitiativen distanzieren sich am Montag von den Gewalttätigkeiten und riefen zur Gewaltlosigkeit auf. Andererseits beobachteten Augenzeugen bei den Demonstrationen immer wieder zustimmende Äußerungen.



Die Wochenend-Demonstration gegen die atomare Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf verlief vorerst friedlich. (Bild EPA)

serungen aufgebracht. Bürger für die «Chaoten». Für die Bundesregierung verurteilte Sprecher Friedhelm Ost die Ausschreitungen. (SDA)

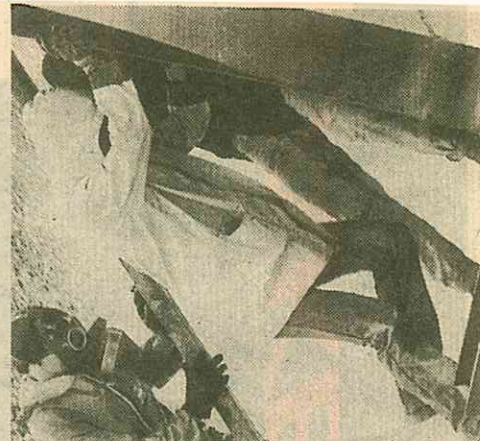
Weitere

Anti-KKW-Demonstrationen

Bern. – Mehrere zehntausend Menschen haben an Pfingsten in Westdeutschland, Frankreich und Luxemburg gegen die weitere Nutzung der Kernenergie angesichts der Katastrophe von Tschernobyl protestiert. Im Gegensatz zu Wackersdorf verliefen die Kundgebungen friedlich. (SDA)

1000 Meter langer Protestbrief

Salzburg. – In einhalb Wochen haben in der Stadt Salzburg bereits rund 10 000 Menschen den vermutlich längsten Protestbrief der Welt gegen die bayerische Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf unterschrieben. (A.D.)



Später – als Demonstranten versuchten, den Bauzaun umzulegen – gab es bei Zusammenstößen mit der Polizei Hunderte von Verletzten. (Bild Deutscher)

Auch Risikogruppen nicht übermässig belastet

Die Auswertungen der bisherigen Lebensmittelmessungen haben ergeben, dass der Dosis-Richtwert von einem halben Rem zusätzlicher Strahlung durch die Tschernobyl-Wolke auch bei der am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppe in den am meisten betroffenen Gebieten nicht erreicht werden wird – dies meldete die Eidgenössische Kommission für AC-Schutz (KAC) am Dienstag. Nach Meinung mehrerer namhafter Experten – so die KAC-Mitteilung – seien aufgrund dieser Belastung keine nachweisbaren gesundheitsschädigenden Wirkungen zu erwarten.

■ VON HEIDI BLATTMANN

Bereits am vorletzten Montag hatten Experten für die innere Strahlenbelastung der Nationalen Alarmzentrale (NAZ) errechnet, dass die unter ungünstigen Annahmen zu erwartende zusätzliche Strahlendosis für einen Erwachsenen durch die Tschernobylwolke bei höchstens etwa 0,2 bis 0,4 Rem liege (TA vom 13. Mai). Am Dienstag war von der NAZ nun zusätzlich zu erfahren, dass die Belastung für Kleinkinder höchstens um 0,1 Rem höher sei als diejenige der Erwachsenen. Zwar sind Kleinkinder strahlenempfindlicher, sie essen jedoch weniger Gemüse als Erwachsene. Auch bei den strahlenempfindlichen Bevölkerungsgruppen übersteigt daher laut NAZ die zu erwartende Strahlendosis selbst unter ungünstigsten Annahmen das halbe Rem nicht.

Die normale Strahlenbelastung aus natürlichen und künstlichen Quellen beträgt für den Schweizer im Durchschnitt 0,4 Rem pro Jahr.

Die neuesten von der NAZ erhältlichen Werte für Kuhmilch ab Hof ergaben für die Wochenendtage in den Stichproben im Tessin beim Jod-131 Werte zwischen fünf bis acht, beim Cäsium-137 zwischen acht bis dreizehn Milliardstel Curie pro Liter. Um die Strahlendosis für die Bevölkerung soweit wie möglich zu reduzieren, sind im Tessin laut KAC Massnahmen getroffen worden, die verhindern, dass diese Milch als Konsummilch auf den Markt kommt. In der Westschweiz enthielten die meisten Milchproben an Pfingsten Jod- und Cäsium-Konzentrationen unter einem Milliardstel Curie pro Liter. Noch keine neuen Messwerte waren nach den Feiertagen von der NAZ für die Kuhmilch der Ostschweiz, für Schafs-

milch und Gemüse sowie für die Direktstrahlung zu bekommen. Bei der Schafsmilch gilt nach wie vor die Empfehlung an alle Bevölkerungsgruppen, keine Milch von im Freien weidenden Tieren zu trinken.

Auch in den kommenden Tagen und Wochen wird das durch militärische AC-Spezialisten verstärkte NAZ-Team die Radioaktivität in verschiedenen Nahrungsmitteln, insbesondere nun auch im Fleisch, regelmässig messen.

Italien ist wieder strahlenfrei

Drei Wochen, nachdem in Italien die ersten radioaktiven Verseuchungen gemessen worden sind, können die Italiener laut Beteuerungen ihres Gesundheitsministers «wieder normal leben». Frisches Blattgemüse darf seit dem Pfingstwochenende wieder in allen italienischen Regionen verkauft werden, weil die Radioaktivität in der Luft und auf dem Boden zu keinen Besorgnissen mehr Anlass gibt.

■ VON THOMAS SCHELLENBAUM, ROM

Die Abgabe von Frischmilch an Kleinkinder und Schwangere bleibt in Italien allerdings bis am 24. Mai verboten. Überdies müssen die Filter klimatischer Grossanlagen von spezialisiertem Personal ausgewechselt werden, sofern die Geräte zwischen dem 30. April und dem 12. Mai in Betrieb gestanden sind.

Trotz der offiziellen Beteuerungen gewöhnen sich die Italiener nur zögernd an den Normalzustand. Salate, Spinat und andere 15 Tage lang verbotene Gemüse werden von Familien mit Kindern nach wie vor nur spärlich gekauft. In Restaurants kann es vorkommen, dass sich Kellner weigern, Kindern auch nur eine Minestrone zu bringen. Viele Eltern haben immer noch Angst, ihre Kleinen in Wiesen oder an Sandstränden spielen zu lassen. Nach Angaben des Gesundheitsministers kann aber italienisches Gemüse wieder ohne jedes Risiko gegessen werden; für

Badende oder mit Meeressand Spielende habe nie eine Gefahr bestanden.

Die Erfahrungen der letzten drei Wochen haben die in Sachen Umweltverschmutzung sonst nicht zimperlichen Italiener nachhaltig beeindruckt. Die Mehrheit der Italiener ist heute gegen den Bau neuer Kernkraftwerke; mit Befremden wurde zur Kenntnis genommen, dass sich die Fachleute bei der Einschätzung der radioaktiven «Risikoschwellen» völlig uneins sind. Der Streit, ob die italienischen Behörden die Bürger ausreichend und wahrheitsgetreu informiert hätten, bleibt unentschieden.

In der römischen Regierung ist die Eignigkeit in bezug auf die künftige Energiepolitik verlorengegangen. Die Sozialisten verlangen eine unbefristete Denkpause zur Überprüfung der nationalen Energiepläne. Die Republikaner wehren sich gegen die Infragestellung der Kernenergie, und die Christdemokraten sind uneins.

Blutige Bilanz in Wackersdorf

München. – Nach den schweren Krawallen vom Pfingstwochenende herrschte am Dienstagvormittag Ruhe am Baugelände für die zentrale westdeutsche Wiederaufarbeitungsanlage für Kernbrennstoffe in Wackersdorf (Bayern). Die Polizei sprach am Dienstag in einer ersten Bilanz von 187 verletzten Polizeibeamten. Die Zahl der verletzten Demonstranten wird auf 200 geschätzt. Das Rote Kreuz leistete insgesamt in 1025 Fällen Erste Hilfe. An den Feiertagen hatten mehr als 10 000 Menschen gegen den Bau der Anlage demonstriert. Die Polizei, die bis zu elf Hundertschaften einsetzte, schätzte den gewalttätigen harten Kern auf zeitweise bis zu 2000 Personen. 21 Personen wurden festgenommen.

Der Geschäftsführer des Bayrischen Roten Kreuzes in Schwandorf, Hans Deinhart, kritisierte am Dienstag den Einsatz von Reizgas durch die Polizei. Ein Helikopter habe mehrere Ladungen Gas über dem Verbandsplatz des Roten Kreuzes abgeworfen. Sanitäter und Ärzte mussten flüchten. Auch eines der Einsatzfahrzeuge wurde getroffen. Die Polizei hatte den Abwurf von Gas am Montag damit begründet, dass zwei Polizeiautos in Brand gesteckt worden waren. Man habe den durch maskierte Gewalttäter bedrohten Polizisten helfen wollen. (DPA)

Tschernobyl-Katastrophe treibt Getreidepreise

(111)

An den internationalen Rohstoffmärkten sind die Agrarmärkte in den vergangenen drei Wochen vermehrt in den Brennpunkt des Interesses der Spekulation geraten. Mutmassungen über mögliche Ernteausfälle in der Sowjetunion als Folge des Kernkraftwerkunfalles in Tschernobyl haben namentlich dafür gesorgt, dass am Markt für Farmprodukte in Chicago die Getreidepreise in Bewegung geraten sind. Dagegen sind die Metallpreise im Verlaufe der letzten fünf Tage mehrheitlich zurückgegangen. Vom 12. bis zum 19. Mai haben sich in London der Reuter-Index für Rohwaren von 1783,1 auf 1765,0 Punkte und in New York der Moody-Index von 982,0 auf 978,0 Punkte ermässigt.

Namentlich an den amerikanischen Märkten wird darüber spekuliert, in welchem Ausmass die Sowjets in den kommenden Monaten vermehrt Weizen, Mais, Sojabohnen, Baumwolle, Zucker, ja sogar Fleisch im Ausland kaufen müssen. Nach einem Artikel der «Washington Post» könnte der Reaktorunfall in Tschernobyl einen verheerenden Einfluss auf die sowjetische Landwirtschaft ausüben. Der beschädigte Atommeiler liege mitten in den fruchtbarsten Regionen der Sowjetunion. Die Ukraine sei der grösste Nahrungsmittellieferant, und die vier

kleineren Landstriche nördlich von Tschernobyl trügen massgeblich zu der Nahrungsmittelversorgung der UdSSR bei.

Ausfall höchstens 10%?

Die gesamte sowjetische Getreideerzeugung wurde vom US-Landwirtschaftsdepartement für das letzte Jahr auf 190 Mio. Tonnen geschätzt, was einer Zunahme gegenüber 1984 von 20 Mio. Tonnen entspricht. John Urbanchuk, ein russischer Experte bei Wharton Econometric Forecasting Associates, erklärte vor der vereinigten Wirtschaftskommission im US-Kongress, dass sich nach Tschernobyl für 1986 möglicherweise ein Ausfall von bis zu 10% einstellen wird und die Produktion wieder auf 170 Mio. Tonnen fallen dürfte. Deshalb sei es durchaus möglich, dass der russische Importbedarf in der Saison 1986/87 um mehr als 60% auf eine Rekordmenge von 50 Mio. Tonnen steigen wird. Zwar nimmt Urbanchuk an, dass die Russen mehr Getreide nicht nur in den USA, sondern auch in Argentinien, Australien, Kanada und in der EG kaufen werden. Immerhin glaubt er, dass die Käufe der Sowjets in den USA für Weizen um fast 50% und für Mais sogar um mehr als 65% steigen könnten. (AWP)

Rohstoffpreise im Wochenvergleich

		13. Mai		20. Mai	
Kupfer	London (Drahtbarren)	3 Monate	936.—	3 Monate	946.—
	New York	Mai	63.55	Mai	62.45
Kakao	London	Mai	1295.—	Mai	1280.—
	New York	Mai	1730.—	Mai	1748.—
Zucker	London	August	193.80	August	165.80
	New York	Mai	8.68	Juli	7.29
Kaffee	London	Mai	1950.—	Mai	1952.—
	New York	Mai	211.54	Mai	208.90
Baumwolle	New York	Juli	67.34	Juli	67.08
Weizen	Chicago	Mai	332.50	Mai	338.—
Mais	Chicago	Mai	246.50	Mai	257.75

Radioaktives Cäsium im Fleisch

Zürich. – Nach dem Reaktorunglück im russischen Tschernobyl sind im Schweizer Schlachtfleisch Spuren des radioaktiven Cäsium-137 nachgewiesen worden. Messungen im Eidgenössischen Institut für Reaktorforschung in Würenlingen (AG) ergaben Werte von drei bis acht Nanocurie Cäsium pro Kilogramm Fleisch, wie die «Tagesschau» des Fernsehens DRS in ihrer Hauptausgabe vom Dienstag berichtete. Diese Werte überstiegen teilweise den Grenzwert von sieben Nanocurie Cäsium für Importfleisch, der am Dienstagmorgen festgelegt worden war. Ein Rekordwert von 96 Nanocu-

rie Cäsium wurde in einer Probe von Schafffleisch aus dem Tessin festgestellt.

Die Eidgenössische Kommission für AC-Schutz (KAC) erwartet, dass die Cäsiumwerte bei weiterer Grünfütterung der Tiere noch ansteigen werden, wie KAC-Vertreter Ulrich Imobersteg gegenüber der «Tagesschau» erklärte. Die Kommission empfiehlt deshalb eine Reduktion der Grünfütterung. Ein Schlachtverbot habe die Kommission jedoch nie in Erwägung gezogen, sagte Imobersteg. (AP)

Elektrizitätswerke öffnen die Tore

Einen Blick hinter die Steckdose sollen die Konsumenten am kommenden Samstag anlässlich des nationalen «Stromtages 86» werfen. Insgesamt öffnen an diesem Tag über 120 Elektrizitätswerke in allen Regionen der Schweiz ihre Tore, um der Bevölkerung zu zeigen, wo und wie die jährlich im Inland benötigten 40 Milliarden Kilowattstunden bereitgestellt werden.

Am Stromtag (Motto: «Strom für eine lebenswerte Zukunft») können sich die Besucher in den Büros des Elektrizitätswerks der Stadt Zürich (EWZ) am Beatenplatz 2 und im Werkhof an der Pfingstweidstrasse 85 von 9 bis 16 Uhr über alle Einzelheiten im Zusammenhang mit der Elektrizitätswirtschaft informieren, die in der ganzen Schweiz gegen 25 000 Arbeitskräfte beschäftigt. Ein VBZ-Sonderbus verkehrt zwischen beiden Orten alle 40 Minuten. Zwischen 11 und 12 Uhr beantworten Stadtrat Jürg Kaufmann und EWZ-Direktor Hanspeter von Schulthess in einem Radio-Z-Aussenstudio Hörer- und Besucherfragen rund um den Strom.

Bei den Elektrizitätswerken des Kantons Zürich (EKZ) herrscht Tag der offenen Tür in den Kreisbetriebsleitungen Af-

foltern a. A., Bülach, Seuzach/Ober-Ohningen, Wädenswil und Wetzikon-Kempfen (9.30–16.30 Uhr) sowie im EKZ-Werkhof Dietikon und im EKZ-Museum (Stromhaus Burenwiesen) in Glattfelden (8.30–17 Uhr).

«Irrationale Angst»

Stadtrat Kaufmann meinte, der Stromtag solle unter anderem dazu dienen, dem Publikum die teilweise irrationale Angst vor dem Strom zu nehmen. Diese Aufgabe zu erfüllen wird nach dem Kernkraftwerk-Zwischenfall in der Ukraine allerdings nicht einfach sein. Die Durchführung des Stromtages war schon lange vor diesem Zwischenfall vom Verband der Schweizerischen Elektrizitätswerke beschlossen worden. EWZ-Direktor von Schulthess meinte, man habe nach Tschernobyl eine Absetzung der Veranstaltung erwogen, sei aber davon abgekommen. Der Stromtag solle aber nicht zu einem Tag der Diskussion über radioaktive Strahlung werden.

52 Prozent Kernenergie in der Stadt

Der EWZ-Direktor teilte mit, dass der Stromkonsum in der Stadt im vergangenen Winter 1985/86 um 4,1% oder 62 Mio kWh gegenüber dem Vorwinter zuge-

nommen hat. Insgesamt betrug der Konsum im EWZ-Absatzgebiet im letzten Winter 1572 Mio. kWh. Auf der Produktionsseite standen aus den eigenen Wasserkraftwerken 468 Mio. kWh zur Verfügung; dazu kamen noch 342 Mio. kWh aus Wasserkraft-Partnerwerken. Von den Beteiligungen an Kernkraftwerken wurden 973 Mio. kWh und von Dritunternehmungen 82 Mio. kWh bezogen. Zusammengezählt standen dem EWZ 1864 Mio. kWh im vergangenen Winter zur Verfügung. Davon entfielen 52 Prozent auf Kernkraft. Von der gesamten Strommenge wurden 84 Prozent für die Versorgung der Konsumenten benötigt. Der Überschuss, der an fremde Werke verkauft werden konnte, machte 16 Prozent aus. Dieser «bescheidene Überschuss» stelle die vorläufig letzte Reserve dar, um den ständig ansteigenden Konsum mit eigenen Mitteln zu decken.

«Aus diesen Zahlen geht hervor», so sagte Schulthess, «dass wir für die Erfüllung unseres Versorgungsauftrages auf Strom aus Kernkraftwerken angewiesen sind. Es ist nicht vorstellbar, dass alle unsere Konsumenten und die gesamte Wirtschaft selbst mit Hilfe namhafter Sparanstrengungen auf die Hälfte ihres heutigen Stromkonsums verzichten können.» (rs.)

Tschernobyl in der Session

Bern. – Das Reaktorunglück im Kernkraftwerk von Tschernobyl wird auch in der nächsten Session der eidgenössischen Räte zur Sprache kommen. Sowohl im National- wie im Ständerat wurden Dringliche Interpellationen eingereicht. Während am Dienstag die Sozialdemokratische Partei der Schweiz eine Postkartenaktion gegen das Kernkraftwerk Kaiseraugst und weitere Grosskraftwerk-Neubauten lancierte, teilte die Kernkraftwerk Kaiseraugst AG mit, die generelle Aufgabe des Projekts stehe nicht zur Diskussion.

Nach Ansicht der Nationalratskommission für Gesundheit und Umwelt hat der Unfall von Tschernobyl auch für die Schweiz Folgen, die sorgfältig analysiert werden müssen. Die Kommission hat am Dienstag eine Dringliche Interpellation bereinigt, die in der bevorstehenden Juni-Session von der grossen Kammer behandelt werden soll. Auch eine Kommission des Ständerates, die sich am Dienstag mit verschiedenen Vorlagen aus dem Energiebereich be-

fasste, beschloss die Einreichung einer Dringlichen Interpellation. Der Bundesrat wird darin um Auskunft über die Ereignisse von Tschernobyl und deren Bedeutung für die Schweiz ersucht.

Kaiseraugst AG: Weiter nach Plan

Die Kernkraftwerk Kaiseraugst AG (KWK) hingegen sieht zur Zeit keine Veranlassung, von ihrem Konzept oder Terminplan gemäss Ausschreibung abzuweichen. In einer Stellungnahme vom Dienstag schreibt die KWK, die generelle Aufgabe des Projektes, wie sie von einigen Gruppierungen gefordert werde, stehe nicht zur Diskussion. In ihrem Communiqué verleiht die KWK ihrer Betroffenheit über das Unglück von Tschernobyl Ausdruck und hält fest, damit sei der schwerste denkbare «Störfall», der Super-Gau, in einem Kernkraftwerk Wirklichkeit geworden. Aufgrund der bisherigen Informationen gibt die KWK jedoch zu bedenken, dass die Kerntechnik nicht generell zu verurteilen sei. (SDA)

LEITARTIKEL

Tschernobyl und der Mangel an Phantasie

■ VON EMANUEL LA ROCHE

Wenigstens das wissen wir heute: Dass Katastrophen nicht jenem Ablauf folgen, der von Experten festgelegt oder berechnet oder vorausgesagt worden ist. Unvergesslich wird uns bleiben die enorme Überraschung des Physikers Huber, der so viel so stark strahlende Radioaktivität so weit vom Katastrophenherd entfernt nicht für möglich gehalten hätte. Und der Physiker Prêtre gestand freimütig ein, ihn habe die Strahlkraft des Fallout erstaunt. Auch dieses Erstaunen wollen wir gern notieren, hat es doch den von Amts wegen mit unserem Schutz vor ebensolcher Strahlung Beauftragten befallen. Hier scheint, bildlich gesprochen, die Realität das Containment des Wissens glatt durchschlagen zu haben.

Uns sticht jedenfalls eine Verwandtschaft zwischen der Bezeichnung dieses Amtes und jenen Sicherheitsstrukturen ins Auge, die einen GAU bei uns verhindern sollen: So wie der Reaktorkern schalenförmig mehrfach abgeschottet ist und unschädlich gehalten werden soll, so ist die bis anhin kaum bekannte «Abteilung Strahlenschutz in der Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen im Bundesamt für Energiewirtschaft» beamtenmässig mindestens zweifach abgesichert; da dürfte ja eigentlich nichts schiefgehen. Zumal über diesem Bundesamt auch noch der Bundesrat steht, und der hat ganz rich-

tig erkannt, dass Irrtum gleichsam als Wesenselement zur Wissenschaft gehört. Aus Fehlern lernen wir, natürlich, das nächste Mal wird das Sorgentelefon bestimmt rascher eingerichtet und mit mehr Leitungen bestückt.

Vom GAU zum SUPERGAU?

Ein Restrisiko freilich, das versichern uns die Experten in schöner Aufrichtigkeit, wird bleiben. Und ob sich gar der sprachlich absolut einmalige Fall ereignen wird, dass nämlich ein Superlativ (grösster anzunehmender Unfall = GAU) noch gesteigert werden muss zum SUPERGAU – unter ihm können sich vermutlich selbst Fachleute nichts mehr vorstellen –, hängt einfach davon ab, wie schnell das für ganz und gar unwahrscheinlich erklärte umkippt ins äusserst Wirkliche. Einmal in zehntausend Jahren, so schätzten Experten, könnte sich dergleichen ereignen, tatsächlich aber dauerte das Zeitalter ziviler Nuklearnutzung bis zum ersten GAU nur gerade 30 Jahre. Der statistischen Milchmädchenlogik folgend stünden uns also 9970 strahlenfreie Jahre bevor, und darauf möchten wir uns doch nicht verlassen, nicht wahr?

Spätestens hier fällt auf, dass andauernd von Experten die Rede ist. Herr Egli meinte, er müsse sich als Politiker auf sie verlassen. Dummer als ihre Kollegen im Ausland sind sie ja in der Tat

nicht, da hat Herr Egli vollkommen recht, nur stellt sich nach den Erfahrungen mit Tschernobyl die Frage, ob wir unsere Zukunft ausschliesslich in die Hände von Fachleuten legen wollen, die als Experten meistern oder zu meistern versuchen, was andere Experten sich ausgedacht oder ins Werk gesetzt haben. Nicht nur mit einem Mangel an Wissen hat uns Tschernobyl konfrontiert, sondern mit dem eklatanten Mangel an Phantasie.

Offenbar genügt es nicht zu wissen, wie eine nukleare Katastrophe abläuft und welche Folgen sie haben kann; ebenso wichtig, wenn nicht sogar wichtiger ist der Mut, sich auf diese abstrakte Vorstellung einzulassen und sie in vorausgenommene Wirklichkeit zu verwandeln. Das nenne ich Phantasie. Der Vorgang hat etwas ernsthaft Spielerisches an sich und ist im übrigen auch so manchem Nuklearexperten durchaus nicht fremd, namentlich wenn er sein Wissen militärischer Nutzung zur Verfügung stellt: Im strategischen Fachgespräch hat sich bekanntlich der zynische Ausdruck «Theater» für den Schauplatz des geplanten Infernos durchgesetzt...

«L'imagination au pouvoir!»

Aber jetzt Theater, ganz ohne Zynismus gesagt: Unvermittelt befinden wir

uns an einem zentralen Punkt jeglicher Kultur, und wenn heute landauf, landab zu hören ist, niemand habe halt die Folgen eines Tschernobyl voraussehen können, so möchten wir die Richtigkeit dieser Aussage einschränken auf die konkreten Messergebnisse da und dort. Die waren in der Tat nicht vorauszu sehen. Ansonsten aber müssen wir auf der Ansicht bestehen, dass es sehr wohl Leute gab, die dank ihrer Phantasie in der Lage waren, die Folgen einer atomaren Katastrophe plastisch zu beschreiben (der Schreibende gehört nicht dazu). Unter ihnen, auch das kein Zufall, auffällig viele Künstler (brauchen wir wirklich nochmals an F. H. zu erinnern, der es wagte, uns am Fernsehschirm ein Gössen nach dem GAU zu zeigen – und dafür prompt gerügt wurde?). Vielleicht wäre es besser gewesen, wir hätten mehr auf die Künstler und weniger auf die Experten gehört, wir hätten uns weniger auf das Wissen verlassen und mehr der Phantasie vertraut. Nur wissen wir auch das: Künstler erhalten Applaus, kein Gehör.

Es treibt uns also alles andere als Nostalgie, wenn wir aus diesem traurigen Anlass an die berühmte Forderung des Pariser Mai 1968 erinnern: «L'imagination au pouvoir!» – Jawohl, Phantasie gehört an die Macht – auch das ist eine und vielleicht nicht die geringste Lehre, die nach Tschernobyl zu ziehen wäre.